

DEMOKRATIE IM AUSNAHMEZUSTAND

Wird die Pandemieerfahrung den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken?

Frank Vogelsang

Die Corona-Pandemie stellt in kurzer Zeit weltweit alle Gesellschaften vor dramatische Herausforderungen. Wenn man die Dimension und Wirkung des Geschehens einordnen will, so bieten sich in den letzten Jahrzehnten keine Referenzpunkte an. Nicht von ungefähr wird als Orientierung deshalb immer wieder der Zweite Weltkrieg genannt. Dies soll keinen Vergleich provozieren, aber es führt vor Augen, dass die Pandemie epochal ist: in den letzten siebzig Jahren gab es kein Geschehen, dass eine derart weitreichende globale Wirkung entfaltete. Ungewöhnliche Herausforderungen erzeugen ungewöhnliche Reaktionen: Werden die Gesellschaften angesichts der gemeinsamen Bedrohung weltweit zusammenwachsen? Gibt es neue Formen der Solidarität und des Zusammenhalts in den betroffenen Gesellschaften?

„Die Coronakrise gleicht eher einem Marathon als einem Sprint.“

Den Überlegungen muss ein Vorbehalt vorangestellt werden. Die Pandemie ist heute (Juni 2020) noch so jung, dass sich ihre Folgen nur vorläufig beurteilen lassen. Nicht wenige Kommentator_innen glauben freilich schon jetzt Bilanz ziehen zu sollen. Das suggeriert, man könne das Ende der Ausnahmesituation absehen, die schlichte mitlaufende Botschaft lautet: „Bald ist alles vorbei“. Tatsächlich aber werden die Folgen der Pandemie in mittel- und langfristiger Perspektive beurteilt werden müssen. Gesellschaftlich erscheint sie als ein Amalgam aus medizinischer Gefahr, politischen Verordnungen und wirtschaftlichen Folgen. Keine der drei Dimensionen wird alsbald irrelevant werden. Die wirtschaftlichen Folgen

werden wahrscheinlich die längste Wirkung entfalten. Die Coronakrise gleicht deshalb eher einem Marathon als einem Sprint. Dennoch zeigen sich schon heute in den Reaktionen Indizien, die einen Schluss auf zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen zulassen.

„Jedes Land entwickelte eigene Reaktionsmuster. Vor allem aber erschienen Nachbarländer eher als Gefahrenquellen.“

Erste politische Reaktionen auf die Pandemie in Europa waren vor allem national orientiert. Das heißt, in den Monaten sehr großer Unsicherheit zielten die Reflexe auf vertraute und bewährte Strukturen. Jedes Land entwickelte eigene Reaktionsmuster. Vor allem aber erschienen in dem Licht dieser von außen induzierten Bedrohung Nachbarländer eher als Gefahrenquellen, vor denen man sich schützen sollte. Grenzen wurden geschlossen, ein Stopp für den Export medizinischer Güter verhängt. Diese Erfahrung war angesichts der europäischen Errungenschaften schmerzlich: Es wurde in den ersten Wochen sehr schnell deutlich, dass die Regierungen der Mitgliedsländer zunächst auf die Lage des eigenen Landes schauten und Europa dabei aus dem Blick geriet. Wer im April nur von Wien nach München fahren wollte, hatte viele bürokratische Hürden zu überwinden. Die europäischen Bürger_innen wurden in Zeiten zurückkapultiert, die man längst überwunden geglaubt hatte. Zwar werden nun die Grenzen sukzessive geöffnet, doch wirkt die Erfahrung nach: Wenn es darauf ankommt,

reagiert jedes Mitgliedsland zuerst im nationalen Rahmen und nicht als Mitglied der Europäischen Union. Ob die Hilfsprogramme zur Stimulation der Wirtschaft zu neuer Gemeinsamkeit führen werden oder eher ein Anlass für Streit um die Verteilung sind, bleibt abzuwarten. Aus all dem lässt sich ableiten, dass gerade in Krisenzeiten lang gewachsenen und historisch verbürgten Strukturen große Bedeutung zukommt. Gesellschaftlicher Zusammenhalt als Reaktion auf eine Krise lässt sich leichter in langfristigen Formen der Verbundenheit organisieren.

„Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Krisenzeiten lässt sich leichter in langfristigen Formen der Verbundenheit organisieren.“

Wie sieht es innerhalb der Gesellschaften aus? Führt hier die Pandemie zu neuen Formen von Solidarität, zu einer Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts? Schließlich sind doch alle Menschen als biologische Wesen in gleicher Weise von der Virusinfektion bedroht. Es gab gerade zu Anfang der Krise einige zivilgesellschaftliche Aktionen, die spontan Solidarität und Gemeinschaft zum Ausdruck brachten, etwa wenn Angehörige jener Berufe, die für die Versorgung und Pflege notwendig sind, Aufmerksamkeit und abendlichen Applaus erhielten. Hat das nicht zu einem neuen Wir-Gefühl geführt? Es war wohl eher eine Gefühlsaufwallung und entsprechend kurzlebig. Man muss diese ephemeren Erscheinungen klar von politisch substantziellen gesellschaftlichen Veränderungen unterscheiden. In dem gegenwärtigen öffentlichen Diskurs ist „Solidarität“ zu einer appellativen Größe geschrumpft. Der Ruf nach ihr ist schnell bei der Hand. Dabei wird so getan, als sei Solidarität vor allem eine Sache der Gesinnung wohlmeinender Menschen. Doch sind gesellschaftlich langfristige Veränderungen immer noch von unterschiedlichen Interessen und Konflikten bestimmt, die aus den gegebenen sozioökonomischen Strukturen resultieren.

„Wahrscheinlicher ist, dass die schon bestehenden Einkommens- und Vermögensunterschiede weiter wachsen.“

Es bleiben deshalb auch in den einzelnen Gesellschaften Zweifel angebracht, ob die Bedrohung durch die Coronapandemie die Solidarität wirklich erhöht. Wahrscheinlicher ist, dass die schon bestehenden Einkommens- und Vermögensunterschiede in der Krise und durch die Krise weiter wachsen. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung trägt verteilungspolitisch unverkennbar eine sozialdemokratische Handschrift. Dennoch werden die künftigen Belastungen durch erhöhte Arbeitslosigkeit, Verdienstaufschläge, Firmenpleiten und den Niedergang ganzer Branchen erheblich sein. Völlig unabsehbar ist, wie sich der extreme Umfang der Hilfsmaßnahmen der Zentralbanken mittelfristig auswirkt. Manches deutet aber schon jetzt darauf hin, dass Aktien- und Immobilienbesitzer_innen zu den Gewinnern gehören werden, während auf der anderen Seite vielen Menschen der Abstieg in die Armut droht. Die im Verhältnis zu anderen Ländern ohnehin sehr ungleiche Vermögensverteilung Deutschlands wird sich damit künftig noch stärker bemerkbar machen.

Insofern ist es illusorisch zu glauben, der gesellschaftliche Zusammenhalt werde durch die Pandemie gestärkt. In der ersten Phase der Krise, als es um die unmittelbare Gefahrenabwehr ging, mögen sich die Menschen vielleicht noch wie in einer Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden gefühlt haben. Bei der Bewältigung der sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie dürften sich die schon vorhandenen gesellschaftlichen Risse jedoch weiter vertiefen.

Dennoch kann auch hierin ein positives Potenzial liegen. Bislang hat die Mitte der Gesellschaft die Grundaussagen des gegenwärtig hegemonialen Diskurses mitgetragen, der der Individualisierung zulasten von solidarischen Strukturen den Vorzug gibt und einer Stützung der etablierten gesellschaftlichen Systeme, vor allem des Marktes, das Wort redet.

„Die Pandemieerfahrung könnte durchaus eine Wendemarke darstellen, wenn sie politischen Kräften Auftrieb gibt, die für ein humaneres und zukunftsgerechteres Wirtschafts- und Gesellschaftssystem streiten.“

Man kann davon ausgehen, dass in der Folge der Coronakrise die Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Strukturen jenseits des Marktes wachsen wird. Neben strukturellen Verbesserungen und erhöhtem gesell-

schaftlichen Zusammenhalt schließt das auch den Übergang zu einer nachhaltigeren, ressourcenschonenderen Wirtschaftsweise ein. Mittel- und langfristig könnte die Pandemieerfahrung also durchaus eine Wendemarke darstellen, wenn sie politischen Kräften Auftrieb gibt, die für eine humanere und zukunftsgerechtere Alternative zu unserem heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem streiten.

Dr. Frank Vogelsang ist Ingenieur, Theologe und Leiter der Evangelischen Akademie Rheinland in Bonn.

DEMOKRATIE IM AUSNAHMEZUSTAND. WIE VERÄNDERT DIE CORONAKRISE RECHT, POLITIK UND GESELLSCHAFT?

Die Corona-Pandemie markiert die entscheidendste Krise der demokratischen Staaten und Gesellschaften seit dem Zweiten Weltkrieg . Von erheblichen Grundrechtseingriffen über die strapazierte Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen bis hin zu immensen wirtschaftlichen und sozialen Folgeschäden stellt sie unser Gemeinwesen auf eine vorher nicht gekannte Probe. Gleichzeitig macht die Krise bestehende, längerfristige Herausforderungen des demokratischen Systems mit besonderer Deutlichkeit sichtbar. Daraus ergeben sich vielfältige demokratierelevante Fragen an die Wissenschaft, die wir in der neuen E-Paperreihe diskutieren wollen.

Kontakt: Alina Fuchs, Friedrich-Ebert-Stiftung, alina.fuchs@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung